

Mit Julia Schmuck im Studio herzlich Willkommen.

Heute Mittag hat die Herbstlohnrunde begonnen, die Metaller wollen 11,6 Prozent mehr lohnen.

Heute Vormittag ist ein Foto aufgetaucht, das sehr der für viel Wirbel sorgt.

Es zeigt FPÖ-nahe Politiker zu Besuch bei Taliban-Vertretern in Afghanistan.

Das Wetter wird morgen zuerst nebelig, dann sonnig und warm.

Die Herbstlohnrunde, unser erstes Thema, also das, was viele in diesem Land nächstes Jahr verdienen werden.

Heute haben die Metaller ihre Forderungen auf den Tisch gelegt.

Sie fordern einen Einkommensplus von 11,6 Prozent.

Als Basis gilt die Teuerung, die für die vergangenen 12 Monate 9,6 Prozent beträgt.

Volker Obermeier berichtet.

Die Chefverhandler der Gewerkschaften begründen ihre Forderung mit der Inflationsentwicklung.

Die Kaufkraft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müsse gewahrt bleiben.

Die vergangenen Monate hätten einen Reallohnverlust gebracht.

Auch verlangen sie, leichter Einkommen gegen Freizeit tauschen zu können.

Ebenso müssten sich die Konditionen für Lehrlinge verbessern.

Die Arbeitgeber weisen die Forderungen als überzogen zurück, die Industrie stecken in einer Rezession

und würde durch hohe Lohnabschlüsse im internationalen Wettbewerb geschwächt.

Vonseiten der Arbeitgeber liegt noch kein Angebot an die Gewerkschaften vor.

Das könnte in einer Woche folgen, wenn die KV-Verhandlungen für die Metallbranche offiziell starten.

In Summe sind 200.000 Beschäftigte betroffen.

Die früheren freiheitlichen Abgeordneten Andreas Mölzer und Johannes Hübner sind gestern von einem Vertreter der Taliban in Kabul empfangen worden.

Bei dem Treffen soll laut afghanischen Medien auch über Konsularfragen gesprochen worden sein, Stefan Kappacher, berichtet.

Die FPÖ will mit der Reise ihrer ex-abgeordneten Mölzer und Hübner, die bisher nicht zu erreichen waren, nichts zu tun haben.

Man habe erst heute durch Medienanfragen Kenntnis von der Reise erlangt,

die eine Privatangelegenheit dieser Personen sei und weder abgestimmt noch im Auftrag der FPÖ erfolgt sei

und auch nicht von der Partei bezahlt wurde, heißt es.

Auch das Außenministerium betont, dass das eine Privatreise sei.

Man habe in der Vorwoche davon erfahren und über den Parlamentsclub dringend davon abgeraten.

Jemand in der FPÖ muss also doch schon vor Tagen informiert gewesen sein.

Die Reise ist doppelt bekannt, die Taliban sind international geächtet

und die FPÖ-nahe Delegation könnte sich, naheliegenden Spekulationen zufolge, für den rechtsextremen Herbert Fritz eingesetzt haben.

Der wurde im Juni von den Taliban in Afghanistan verschleppt.

Die Ukraine dürfte nach Angaben von Präsident Volodymyr Zelensky

heute die erste Lieferung der US-amerikanischen Abrams-Panzer erhalten haben.

Lange hatte Kiev um diese Kampfpanzer gebeten,

im Jänner erst hat Washington dann seine Zurückhaltung aufgegeben

und der Ukraine die Lieferung zugesichert, Karin Koller berichtet.
Das sei eine gute Nachricht, so der ukrainische Präsident Volodymyr Zelensky heute auf seinem Telegram-Account.
Die Abrams-Panzer seien schon in der Ukraine und bereiten sich auf ihren Einsatz vor.
Wie viele geliefert wurden, ist unklar.
Insgesamt haben die USA der Ukraine 31 dieser hocheffizienten Kampfpanzer zugesagt.
Die ukrainische Armee erhofft sich mit den Abrams-9-Schwung für die bisher eher schleppende Gegenoffensive.
Die ukrainische Armee hat heute übrigens die Tötung des Kommandanten der russischen Schwarzmerflotte gemeldet.
Der Angriff auf das Hauptquartier der Flotte in Sevastopol auf der Krim habe am Freitag stattgefunden.
34 russische Offiziere sollen dabei nach ukrainischen Angaben getötet worden sein.
105 weitere Menschen verletzt.
Moscow hat nur den Angriff als solches bestätigt und bisher nur von Vermissten gesprochen.
Nach Österreich jetzt Rückendeckung gibt es heute aus dem Wiener Rathaus für jene SPÖ-Politikerinnen und Politiker, die seit Tagen wegen Grundstückskäufen in der Kritik stehen.
Die Sprecherin von Planungstättretin Sima von der SPÖ erklärt, es habe keinen auffälligen Verlauf gegeben.
Katharina Pavlovske berichtet.
Man habe alle Abläufe rund um die Umwidmung im Kleingartenverein breiten Lehre konstruiert, heißt es aus dem Wiener Rathaus und alle nötigen Parameter für eine Umwidmungsein erfüllt worden.
Das Verfahren sei ohne Einflussnahmen durchgeführt worden, wird im Rathaus betont.
Das erste Ansuchen des betreffenden Vereins hat es bereits 2006 gegeben.
Der Obmann habe wiederholt darauf beharrt, wobei das Ressort von 2010 bis 2020 von den Grünen geführt wurde, wie eine Sprecherin von Planungstättretin Uli Sima SPÖ ausführt.
Dass die Umwidmung bevorsteht, war demnach seit 2019 bekannt.
Vier Wiener SPÖ-Politikerinnen und Politiker haben ein Grundstück im Kleingartenverein gekauft.
Sie sollen von der Wertsteigerung durch die Umwidmung in vollwertigen Baugrund profitiert haben, alle vier Weisen zurück auf die Umwidmung in irgendeiner Weise Einfluss genommen zu haben.
Im Jänner 2025 also in etwas mehr als einem Jahr wird sich in Österreichs Supermärkten einiges ändern.
Da dreht das neue Pfannsystem in Kraft.
Wer dann ein Weg Getränkeflaschen oder Dosen kauft, muss pro Flasche oder Dose 25 Cent zusätzlich als Pfand zahlen.
Das zeigt dieser heute vorliegende Verordnung.

Maria Kern berichtet.

Egal ob Apfelsaft oder Mineralwasser in der Plastikflasche oder Bier und Limonade in der Dose, für nahezu alle Getränkeflaschen und Dosen muss künftig ein Pfand gezahlt werden.

Umweltministerin Leonore Gebersler von den Grünen präzisiert.

Wer ab 2025 eine Einwegflasche oder Dose kauft, bezahlt 25 Cent als Pfand und bekommt das Geld zurück.

Wenn er oder sie diese Flasche auch wieder zurückbringt.

Zurückgegeben werden können die Getränkeflaschen und Dosen mit einer Füllmenge von bis zu 3 Litern

überall dort, wo sie gekauft werden können.

Ausgenommen vom Pfandsystem sind aus hygienischen Gründen lediglich die Gebinde von Milch- und Milchmix-Getränken.

17 Uhr und 6 Minuten.

Zeit für den kompakten Nachrichtenüberblick.

Hosana Arzarah, bitte.

Die verbleibenden 17 Filialen der insolventen Möbelkette Kika Leiner können weitergeführt werden.

Rund 1800 Beschäftigte behalten ihre Jobs,

nachdem die Gläubiger von Kika Leiner

heute dem Sanierungsplan zugestimmt haben.

Die Gläubiger bekommen nach dem Plan 20 Prozent ihrer Forderungen ausbezahlt.

Die Ärztekammer weiß Kritikern,

die nur schleppend laufenden Corona-Impfterminen zurück.

Die Ärztinnen und Ärzte seien bereit.

Der Impfstoff sei aber noch nicht geliefert worden.

Herr Johannes Rauch hatte zuvor ein Ultimatum gestellt.

Wenn Interessierte nicht rasch Impftermine bekommen,

werde er überlegen, auch den Apotheken zu erlauben,

Impfungen zu verabreichen.

Eine vom UN-Menschenrechtsrat,

ein gesetzter Kommission,

wirft Russland weiter Kriegsverbrechen in der Ukraine vor.

Es gebe immer mehr Beweise,

dass die russische Armee in den besetzten Gebieten

Zivilistinnen und Zivilisten systematisch in großem Umfang foltert.

Es sei teilweise so brutal,

dass es auch zu Todesfällen gekommen sei.

Die Armee vergewaltige außerdem Frauen.

Moskau hat die Vorwürfe gegenüber der UN-Kommission nicht kommentiert.

Die armenische Gemeinde in Österreich warnt vor der katastrophalen Situation im Berg Karabach nach der Oberung durch Azerbaijan

vergangene Woche.

Ein zweiter Völkermord an den Armenien sei bereits im Gang.

Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit ÖVP,

Ö-Grünen und NEOS wird gefordert,

eine Unumission zum Schutz der Zivilbevölkerung nach Berg Karabach zu entzenden.

Österreich wird in Brüssel gegen eine Verlängerung der Zulassung

des Unkrautvernichters Glyphosat stimmen.

Das Landwirtschaftsministerium ist nach eigenen Angaben

an einem Beschluss des Nationalrates gebunden,

in dem sich SPÖ, FPÖ und Grüne 2017 gegen Glyphosat ausgesprochen haben.

Wenn die weitere Zulassung von Glyphosat blockieren kann,

Österreich damit aber wohl nicht bei der Abstimmung im Oktober,

reicht eine qualifizierte Mehrheit unter den EU-Mitgliedstaaten.

Vielen Dank, beim Wetter meldet sich der Spätsommer zurück, Jörg Stieber.

In den meisten Regionen geht es sonnig in den Abend.

Die dichtereren Wolken, die stellenweise in Unterkärnten

der Steuermag und im Südburngland gibt, die lockern wir nur langsam auf.

Montinster gibt es zunächst gebietsweise Nebel oder Hochnebel,

die sich stellenweise bis über Mittag halten kann

und im Südosten bis über 1500 Betten aufreicht.

Nach und nach setzt sich aber überall die Sonne durch

und es wird warm, die Temperaturen steigen auf 20 bis 27 Grad.

Vor allem in Ober- und Niederösterreich wird teils lebhafter Winter
aus Ost bis Südost.

Das war das Journal am 5. am 25. September.

Das Journalteam meldet sich um 18 Uhr wieder zurück.

Hier übernimmt jetzt die Kultur.

Kulturjournal